

# RS Vwgh 2007/4/24 2004/05/0285

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.04.2007

## Index

L82000 Bauordnung  
L82259 Garagen Wien  
40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AVG §1;  
BauRallg;  
GaragenG Wr 1957 §3 Abs1 litb;  
GaragenG Wr 1957 §47 Abs2;

## Rechtssatz

Nach dem Erkenntnis vom 31. Jänner 1995, Zl.94/05/0351, nimmt der Gesetzgeber mit der Wendung "soweit hierfür eine behördliche Bewilligung noch nicht vorliegt" im § 3 Abs. 1 lit. b Wr GaragenG auf den typischen Fall Bedacht, dass anlässlich der Erteilung einer Baubewilligung für ein Gebäude auch entsprechende Stellplätze mitbewilligt werden; werden später zusätzliche Stellplätze geschaffen, dann ist dafür eine weitere Bewilligung erforderlich (so auch das Erkenntnis vom 4. September 2001, Zl. 2000/05/0070), die selbstverständlich, wie jede andere Bewilligung nach dem Wr GaragenG, von der Baubehörde (siehe § 47 Abs. 2 Wr GaragenG) zu erteilen ist. Dies erschien dem Gesetzgeber offenkundig so selbstverständlich, dass im Gesetzeswortlaut nur von einer "behördlichen Bewilligung" und nicht von einer "baubehördlichen Bewilligung" die Rede ist.

## Schlagworte

Baubewilligung BauRallg6sachliche Zuständigkeit

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2004050285.X04

## Im RIS seit

30.05.2007

## Zuletzt aktualisiert am

24.11.2011

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)